

## Anlage 1 zu KT-Drucks. Nr. 149/2013

### **Handlungskonzept „Bildung im Landkreis Böblingen“: Themenfelder und wichtigste Maßnahmen**

#### **1. Themenfeld „Frühkindliche Bildung“**

Schwerpunkte bilden hier vor allem der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die frühkindliche Sprachförderung und die Inklusion im Kitabereich. Neben Maßnahmen, die bereits umgesetzt wurden, wie der Einrichtung zusätzlicher Kapazitäten in der Erzieherausbildung am Berufsschulzentrum Leonberg sowie der Etablierung der praxisintegrierten Erzieherausbildung am BSZ Leonberg und der Hilde Domin-Schule in Herrenberg und der Veranstaltung eines Aktionstags „Soziale Berufe“ zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich am 22. Juni 2013 in Böblingen, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Freie Träger ermutigen, das Angebot an Kindertageseinrichtungen im Landkreis Böblingen mit besonderen pädagogischen Schwerpunkten zu bereichern.
- Entwicklung des Anteils an Kindern mit Sprachförderbedarf in der Einschulungsuntersuchung im Auge zu behalten.
- Entwicklung einer Konzeption mit dem Ziel, Sprachdefizite in den Familien vorbeugend zu verhindern. Dabei sollen Familien motiviert werden, ihre Kinder frühzeitig in Kindertagesbetreuung zu geben. Der Landkreis finanziert einen Modellversuch in zwei Kreisgemeinden. Denkbar wäre, die interkulturellen Bildungsbeauftragten, die im Rahmen des Projekts „Mit MigrantInnen für MigrantInnen“ des Bildungsforums mit dem Landkreis kooperieren, in die Konzeption einzubinden. Die ehrenamtlich tätigen Bildungsbeauftragten vertreten (fast) durchgängig unterschiedliche Migrantenorganisationen aus dem Landkreis Böblingen und hätten einen direkten Zugang zu Familien mit Migrationshintergrund, in denen öfter Sprachdefizite vorkommen.
- Die Verwaltung wird ermutigt, weiterhin inklusive Modelle in Kindertagesstätten zu erproben und umzusetzen.
- Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, Standards für inklusive Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten zu entwickeln.

#### **2. Themenfeld „Schule entwickeln“:**

Schwerpunkt bildet neben der ausschließlich öffentlichen Trägerschaft der Sonderschulen, bezüglich derer die Verwaltung keinen Handlungsbedarf sieht, die Situation der Förderschülerinnen. Diese erreichen laut Prof. Döbert zu selten einen Hauptschulabschluss, hier sieht das Staatliche Schulamt keinen Handlungsbedarf. Darüber hinaus ging es in der Zukunftswerkstatt vor allem um die Schulentwicklungsplanung bzw. die integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung mit kontroversen Diskussionen.

Schulentwicklung ist ein Prozess, der viele Akteure betrifft: Staatliches Schulamt, Regierungspräsidium, verschiedene Schulträger, unter denen der Landkreis der größte ist. Das Regierungspräsidium ist die Schulaufsicht für Gymnasien und

berufliche Schulen, das Staatliche Schulamt ist für die Real-, Werkreal-, Gemeinschafts-, Förder- und Sonderschulen zuständige Schulaufsichtsbehörde. Ein passendes Format für einen gemeinsamen Entwicklungsprozess muss hier erst noch gefunden werden.

Aus Sicht der Kreisverwaltung ist es zielführend, den Schulentwicklungsprozess auf kommunaler Ebene in Regionen zu organisieren und sämtliche Schularten des Einzugsbereichs einzubinden. Das Kultusministerium fordert in seinen neuen Eckpunkten zur regionalen Schulentwicklung die Orientierung an Abschlüssen. Nach den Eckpunkten des Kultusministeriums zur regionalen Schulentwicklung mit der geforderten Orientierung an Abschlüssen erscheint es sinnvoll, die Regionen um die Schulstandorte zu organisieren, an denen alle Abschlüssen angeboten werden. Zusätzlich sollten die Sonder- und Förderschulen im Zuge der Herausforderung Inklusion, die vermehrt nachgefragten Privatschulen und die beruflichen Schulen dort gleichberechtigt eingebunden werden, um beteiligungsorientiert Planungen abzustimmen und Entwicklungen zu beeinflussen.

In der Zukunftswerkstatt wurde jedoch von einer Mehrheit der Arbeitsgruppe das Modell „Runde Tische auf örtlicher Ebene“ der überörtlich integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung vorgezogen. Dort ist vorgesehen, in jeder Kommune einen eigenen Runden Tisch zur Maßnahmenplanung einzuberufen. Gesteuert werden sollen diese Runden Tische durch die Geschäftsführenden Schulleiter der jeweiligen Kommunen.

Das Kultusministerium sieht die Steuerung der regionalen Schulentwicklungsplanung durch die Staatlichen Schulämter und Regierungspräsidien vor. Richtlinien des Landes für eine Regionale Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen sind nicht integriert und werden in der zweiten Jahreshälfte erwartet. Es ist davon auszugehen, dass die Maßnahmen der Enquete-Kommission „Fit für die Wissensgesellschaft“ berücksichtigt werden mit einer Stärkung der Berufsorientierung. Kammern sollen in die Überlegungen eingebunden werden.

Abgeleitete Maßnahmen aus diesem Themenfeld sind:

- Die Landkreisverwaltung bietet dem Staatlichen Schulamt und den Kommunen die Zusammenarbeit bei einer überörtlichen integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung an.
- Der Landkreis als Träger der Beruflichen Schulen und Sonderschulen beteiligt sich an der künftigen Regionalen Schulentwicklungsplanung und informiert den Bildungs- und Sozialausschuss über die Prozessergebnisse in geeigneter Weise (z.B. im Rahmen der Schulberichterstattung).
- Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, aus Anlass des zu erwarteten Schülerrückgangs den Entwurf eines gemeinsamen Schulentwicklungsplans für die beruflichen Schulen beteiligungsorientiert zu entwickeln.

### **3. Themenfeld „Übergang Schule-Beruf / Berufliche Bildung“**

Schwerpunkte in diesem Bereich sind die Implementierung von stärkeren formalen Stützsystemen, um Übergänge zwischen allgemein bildender Schule und beruflicher Bildung zu erleichtern, die Koordinierung der Maßnahmen des Übergangssystems und die stärkere Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler mit dem Ziel,

Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und die Erfolgchancen für eine Ausbildung zu erhöhen.

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

- Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung in Kontakt mit dem Sozialministerium zu bleiben.
- Die Weiterführung der transparenten Darstellung der Übergangsmaßnahmen und die Fortführung der kreisweiten Zusammenarbeit der Akteure am Übergang Schule-Beruf ist gewünscht. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Landesprogramm Bildungsregionen zu bewerben und mit dieser Personalstelle die Arbeit des Bildungsforums in diesem Bereich zu verstetigen.
- Die institutionsübergreifende Initiative „Laufbahneempfehlung“ wird begrüßt. Werner Diebold, Geschäftsführender Schulleiter der beruflichen Schulen im Landkreis Böblingen, wird gebeten, im Frühjahr 2014 über den Fortgang des Prozesses im Bildungs- und Sozialausschuss des Kreistags zu berichten.
- Das gd-Bildungskolleg als Träger der VBO wird gebeten, die Jugendlichen noch stärker für die Bereiche Handwerk, Gastronomie und Soziales zu sensibilisieren und entsprechend Netzwerke zu den Verbänden (z.B. Dehoga, Kreishandwerkerschaft) aufzubauen und zu verstetigen.

#### **4. Themenfeld „Nonformale Bildung“**

Im Landkreis Böblingen sind vielfältige Organisationen und Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendbildung tätig. Der Bereich Non-formale Bildung wird positiv beurteilt, der einzige Wermutstropfen ist in diesem Feld die geringe Beteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie von sozial benachteiligten Schichten. In der Zukunftswerkstatt wurde vor allem das Projekt „Engagierte Bürger 2.0“ entwickelt. Dieses Konzept sieht vor, dass Betriebe motiviert werden, ihre Mitarbeiter für soziales Engagement freizustellen („corporate citizenship“) – Vereine und Verbände werden unterstützt und gestärkt, Betriebe profilieren sich durch Aktivitäten für die lokale Zivilgesellschaft.

Folgende Maßnahmen werden in diesem Bereich vorgeschlagen:

- Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Landesprogramm Bildungsregionen zu bewerben und mit freier Kapazität in diesem Bereich, ein Konzept „Engagierter Bürger“ mit geeigneten Akteuren zu entwickeln und Unternehmen dafür zu gewinnen.
- Ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund sollte in dieser Bevölkerungsgruppe beworben werden. Dabei könnten die ehrenamtlich tätigen Bildungsbeauftragten als Vermittler und Multiplikatoren tätig werden, wenn ihre Betreuung und Schulung nach Beendigung der Arbeit des Bildungsforums aufrecht erhalten werden kann.
- Organisationen, die im ehrenamtlichen Bereich (Kreissenorenrat und Kreisjugendring) aktiv sind, sollen in ihrer Arbeit durch die Kreisverwaltung weiterhin unterstützt werden.

## **5. Themenfeld „Inklusion“**

Die Umsetzung der Inklusion gemäß UN-Konvention besitzt für den Landkreis einen hohen Stellenwert. Um Inklusion im Schul- und Kitabereich zu erreichen, müssen die unterschiedlichen Akteure in Kooperation treten und gemeinsame Strategien entwickeln. Die Verwirklichung der Projektideen aus der Zukunftswerkstatt als modellhafte Best-Practice-Beispiele bieten dafür gute Ansatzpunkte.

Die empfohlene Maßnahme ist daher neben der weiteren Kooperation zwischen Schulträgern und Schulaufsicht, die Einrichtung eines kreisweiten „Bildungsforums Inklusion“ als Expertenrat und Ideengeber unter Einbezug aller Verantwortlichen und Betroffenen. Diese institutionsübergreifende Initiative aus der Projektgruppe der Zukunftswerkstatt wird gerne aufgegriffen, da der Landkreis als Träger der Sonderschulen und der Eingliederungshilfe ein eigenes Interesse an der Umsetzung der Inklusion hat.

## **6. Themenfeld „Chancengleichheit“**

Im Bereich Chancengleichheit wurde Wert darauf gelegt, beide Geschlechter durch passgenaue Angebote zu fördern. In der Schule sollten jedoch die Jungen verstärkt in den Blick genommen und durch entsprechende Angebote unterstützt werden.

Für Menschen mit Migrationshintergrund erscheint es zielführend, die Förderung so früh wie möglich anzusetzen. Auf Kreisebene ist das Projekt „Mit MigrantInnen für MigrantInnen“ geeignet, da es die Familien über MigrantInnenvereine erreicht, die ehrenamtlichen geschulten Multiplikatoren, können Kindern und Eltern daher Unterstützung im Bezug auf Schule, Ausbildung und Beruf geben. Bezugnehmend auf das Themenfeld 1 wird es als sinnvoll erachtet, das Projekt um den Bereich Kindertagesbetreuung / frühkindliche Förderung zu erweitern.

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

- Die Kreisverwaltung wird beauftragt, das Projekt „Mit MigrantInnen für MigrantInnen“ im Landkreis zu verstetigen. D.h. die Arbeit der Bildungsbeauftragten weiter zu fördern, im Landratsamt zu koordinieren, Mittel für die Aufwandsentschädigung bereitzustellen und weitere Schulungsmaßnahmen zu ermöglichen. Damit sollen Familien mit Migrationshintergrund besser erreicht und unterstützt werden in Fragen zu Schule, Ausbildung und Beruf.
- Das Amt für Jugend und Bildung in Kooperation mit den Fachschulen für Sozialpädagogik und der Gleichstellungsbeauftragten werden beauftragt, im Jahr 2014 einen Fachtag zum Thema „Gender Mainstreaming“ für pädagogische Fachkräfte und interessierte Träger von Kindertageseinrichtungen durchzuführen.

## **7. Themengebiet „Jugendbeteiligung“**

Das Thema Jugendbeteiligung wird aufgegriffen und ein Jugendbeteiligungsprozess mit Kreisjugendkonferenz auf Kreisebene initiiert. Die Initiativen des Jugendgemeinderates Böblingen, des Integrationsrates Böblingen und der SMV des

Kaufmännischen Schulzentrums Böblingen werden begrüßt. Die Initiatoren des Mentoringprogramms „Do It“ werden gebeten, dieses im Bildungs- und Sozialausschuss des Landkreises vorzustellen.

#### **8. Querschnittsthema: „Nachhaltigkeit der kreisweiten Zusammenarbeit der Bildungsakteure“**

Um die weitere Zusammenarbeit der Bildungsakteure zu verstetigen und die Umsetzung der im „Handlungskonzept Bildung“ verankerten Maßnahmen zu gewährleisten, schlägt die Kreisverwaltung vor, beim Land die Einrichtung einer „Bildungsregion“ zu beantragen. Der Landkreis müsste dabei 45.000 Euro pro Jahr aufbringen, das Land würde dieselbe Summe beisteuern.

Im Jahr 2009 hatte die Verwaltung die Initiativen aus der Mitte des Kreistags (vgl. Kreistagsdrucksache 156/2009) aufgegriffen. Der Bildungs- und Sozialausschuss lehnte damals die Beantragung einer Bildungsregion ab, mit dem Hinweis auf die dreijährige Befristung des Landesprogramms. Diese Befristung wurde nun vom Land aufgehoben und das erfolgreiche Programm wird weitergeführt. Inzwischen beteiligen sich landesweit 24 Stadt- und Landkreise an dem Landesprogramm. Das Land setzt keine inhaltlichen Vorgaben für die Arbeit. Die beiden strukturellen Vorgaben (Bildungsbüro, Steuerungsgruppe) entsprechen exakt der bewährten Arbeitsweise im Rahmen des Bundesprogramms Perspektive Berufsabschluss, welches am 30.09.2013 endet.